

Solidarisch Wirtschaften "Grüne Wirtschaftsdemokratie statt Grüner Marktwirtschaft"

Vor einiger Zeit kam es noch als ironische Karikatur daher, "Ludwig Erhard mit grüner Zigarre". Inzwischen ist die Fiktion in ein AutorInnenpapier von Bundestagsabgeordneten unter dem Titel "Grüne Marktwirtschaft" gemündet. Die AutorInnen legen darin, in Anlehnung an Adam Smiths prägnanter Formulierung, mit "Die unsichtbare Hand des Marktes wird Grün", ein klares Bekenntnis zu Unternehmertum, Wettbewerb und Markt ab und senden damit ein klares Signal in Richtung Wirtschaftsliberalismus und Kapitalismus. Die neun FraktionsautorInnen wollen offensichtlich die Grünen neu positionieren und sie auf Koalitionen mit der CDU oder der FDP vorbereiten.

Vor diesem Hintergrund ist es kein Wunder, dass dem rein machtoptierten AutorInnenpapier Grüne Grundsätze und Grüne Visionen fehlen.

Vor allem mangelt es an einer Grünen Kritik, die auch erkennt, dass die marktwirtschaftlich-kapitalistische Ordnung, ökologische, soziale und gesellschaftliche Verwerfungen hervorbringt, verschärft und als solche kaum zur Lösung der Probleme beitragen kann, die sie selbst erzeugt.

Im Gegensatz dazu fordern wir eine Demokratisierung der Wirtschaftsordnung, die durch eine Ordnungspolitik ergänzt und begleitet werden muss, die sich nicht nur auf Wettbewerbspolitik beschränkt. Vielmehr muss ebenso die bestehende mischwirtschaftliche Ordnung als Ganzes, in ihren Bezügen zu ihren natürlichen Grundlagen und sozialen Auswirkungen, im Blickfeld behalten werden. Ein Ordoliberalismus, der sich zwar für einen starken Staat ausspricht, diesen aber nur als (Macht-) Instrument der Durchsetzung des reinen Marktes versteht, ist abzulehnen. Grüne Wirtschaftsdemokratie bedeutet daher auch ganz zentral, alle wirtschaftlichen Prozesse ökologisch nachhaltig zu gestalten. Für uns heißt es, dieses Prinzip Schritt für Schritt sowohl in die Wirtschaftsordnung selbst als auch in die Ordnung der Wirtschaft dauerhaft zu integrieren. Unter den Bedingungen des derzeitigen globalen Kapitalismus und multinational operierender Konzerne einerseits und einer globalen Klimaveränderung andererseits beinhaltet dies nicht zuletzt auch eine soziale und Gerechtigkeitsfrage.

Demokratisierung der Wirtschaft

Eine Grüne Neuorientierung in der Wirtschaftspolitik muss dem Prinzip der Gerechtigkeit folgen, wobei wir ausdrücklich betonen, dass Verteilungsgerechtigkeit als Grundvoraussetzung neuer Gerechtigkeitsmodelle unabdingbar ist.

Die langfristigen Leitbilder solidarischer, ökologisch-sozialer Wirtschaftsdemokratie der Grünen müssen darum lauten:

- DEMOKRATIE (partizipativ): Demokratie geht vor Wirtschaft und muss auf diese ausgeweitet werden.
- WIRTSCHAFTSORDNUNG (offen): Die internen Regeln der Wirtschaftsordnung selbst in ihren Mischformen müssen immer Ergebnis und nicht gesetzter Ausgangspunkt der Demokratie sein.
- ORDNUNG DER WIRTSCHAFT (ordnungspolitisch): Die äußeren demokratisch-rechtsstaatlichen, ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen unseres

Wirtschaftens müssen jederzeit demokratisch transparent und beeinflussbar sein.

- NACHHALTIGKEIT (durchhaltbar): Nichts darf der Natur entnommen werden, was ihr nicht im Sinne einer naturgrundlagengebundenen Kreislaufwirtschaft wieder zurückgegeben werden kann.
- GERECHTIGKEIT (solidarisch): Verteilungsgerechtigkeit bleibt nach wie vor Bedingung der Möglichkeit von Teilhabe-, Chancen-, Zugangs-, und Geschlechtergerechtigkeit.

Die Fiktion der "Grünen Marktwirtschaft" und die "Unsichtbare Hand des Marktes"

Erstaunt nehmen wir als Grüne zur Kenntnis, wie die AutorInnen der „Grünen Marktwirtschaft“ die Selbstbeschreibungen und Mythen des historisch als Spielart des Neoliberalismus geltenden Ordoliberalismus unhinterfragt übernehmen und die konservativ-wirtschaftsliberale Fetischisierung des „Wirtschaftswunders“ und der Person Ludwig Erhards fortführen. Tatsächlich aber wurden die meisten sozialen Errungenschaften der „Sozialen Marktwirtschaft“ (steuerliche Umverteilung, Mitbestimmung, soziales Netz etc.) gegen die Konzepte und den Willen Erhards und der Mehrheit der Ordoliberalen der sogenannten „Freiburger Schule“ (Eucken, Röpke, Rüstow, Müller-Armack etc.) politisch und gewerkschaftlich durchgesetzt. Die „unsichtbare Hand des Marktes“ gibt es nicht, sie ist eine Fiktion, die unter der Voraussetzung realitätsferner Idealbedingungen (vollständige Information aller Marktteilnehmer, vollkommen offene Märkte und vollständiger Wettbewerb ohne ein Machtungleichgewicht durch Monopole, Oligopole oder Kartelle) den quasi automatisch über den Angebot-Nachfrage-Preis-Mechanismus erfolgenden Gleichgewichtszustand nur behauptet. Zudem gehen wir davon aus, dass die „unsichtbare Hand des Marktes“ sozial und ökologisch blind ist. Die Wahrheit des Marktes im Kapitalismus hingegen ist stets sichtbar gewesen und liegt auf der Hand: Naturausbeutung und –zerstörung durch die im System angelegte Kurzfristigkeit der Marktinteressen, dramatische Fehlallokationen (siehe: Nord-Süd-Gefälle), gezielte Nicht- bzw. Desinformation der Marktteilnehmer (siehe: Werbeindustrie), Marktmacht durch Konzentrationsprozesse und Kartelle (siehe: Energieoligopole) oder auch schlicht zunehmendes Versagen der Marktmechanismen in wesentlichen Teilbereichen (siehe: Massenerwerbslosigkeit).

Schlagwort „Wettbewerb“

Kein Begriff taucht im AutorInnenpapier derart inflationär auf wie der Begriff „Wettbewerb“. Dabei stellen wir die ernsthafte Frage: Welchen „Wettbewerb“ meinen die AutorInnen eigentlich? Leistungswettbewerb, Rationalisierungswettbewerb, Ideenwettbewerb, Dumpingwettbewerb oder den Wettbewerb um die höchste Eigenkapitalrendite im Kasino-Kapitalismus etc.?

Wir halten einen Wettbewerbsbegriff in dieser allgemeinen Form für ein reines machtstrategisches Schlagwort und für die Grünen für politisch unbrauchbar. Auch an diesem zeigt sich der rein auf die Außenwahrnehmung der Partei ausgerichtete strategische Charakter des AutorInnenpapiers. Zwar sehen auch wir in der Durchsetzung von Markt und Wettbewerb durchaus mögliche Instrumente, die in klar definierten Einzelbereichen zur Erreichung unserer Grünen Ziele beitragen können (etwa im Aufbrechen ständischer Strukturen im Gesundheitssystem), jedoch keineswegs

als unhinterfragt angenommenes Oberprinzip unseres wirtschaftspolitischen Handelns. Sicher, auch im AutorInnenpapier wird klar gesehen, dass „ein Markt, der zu Lasten der Schwachen geht, die Umwelt unwiederbringlich zerstört, an den Bedürfnissen der VerbraucherInnen vorbei wirtschaftet oder demokratische Beteiligung unterbindet, kein funktionierender Markt im Sinne der Grünen Marktwirtschaft (ist)“, die Realitätsferne der von den AutorInnen bevorzugten ordoliberalen „Lösung“ dieser Problematik ist aber auch hier evident.

"Un"verantwortliches Unternehmertum

In ihrer offenen Liebeserklärung an die angeblich so human-ökologischen Potentiale des nun ergrünten Kapitalismus und die "Verantwortung des Unternehmertums" schießen die "Grünen MarktwirtschaftlerInnen" in ihrer Undifferenziertheit unseres Erachtens weit über das Ziel hinaus. Den Ausschließlichkeitsanspruch, den die AutorInnen dann auch noch behaupten, dass „nur durch die Kreativität eines dynamischen verantwortlichen Unternehmertums“ der „Weg zur Bewahrung der Schöpfung“ geebnet werden könnte, halten wir für grundfalsch – abgesehen davon, dass sich die Grünen nach wie vor nicht als christliche Partei („Schöpfung“) definieren und auch nicht definieren sollten. Wirkliche Verantwortung in der letzten Konsequenz tragen in einer Demokratie allein die Bürgerinnen und Bürger und durch diese die entsprechende politische und zivilgesellschaftliche Repräsentation. Das „Flankieren“ und „Leitplanken bilden“, das Staat und Zivilgesellschaft von den AutorInnen hingegen noch zugestanden wird, stülpt das Grüne Gesellschafts- und Menschenbild geradezu auf rechts: Die Politik läuft – mit den BürgerInnen an der Hand – an den Leitplanken flankierend nebenher, während das Unternehmertum im „Grünen Kapitalismus“ auf den Marktstraßen der Welt die Verantwortung für die Umwelt und das Soziale übernimmt. Im Gegensatz zu den AutorInnen sehen wir eher im Flankieren der neue entstehenden globalen Zivilgesellschaft einen Hauptansatz der Grünen Wirtschaftsdemokratie und weniger im Flankieren der transnationalen Konzerne selbst. Dort, wo sich im Rahmen der wirtschaftlichen Globalisierung zunehmend eine postnationale Konstellation abzeichnet, muss die Demokratie von den DemokratInnen neu erkämpft und in Teilen auch neu erfunden werden.

Luftblase Industriepolitik

Die Auswirkungen der o.g. Fetischisierung von Markt und Wettbewerb im AutorInnenpapier zeigen sich in einer ganzen Reihe falscher politischer Ausrichtungen, die im Wesentlichen einem falschen Verständnis von Politik als Wettbewerbsdurchsetzung und –pflege geschuldet sind und die wir hier beispielhaft aufzeigen können.

Der Airbus wird vom Europäischen Konzern EADS gebaut. Dessen Bekanntheit beruht größtenteils auf dem Eurofighter und anderen Rüstungsprodukten und wird meist als Versuch angesehen, mit erheblichem Einsatz öffentlicher Mittel einen europäischen industriell-militärischen Komplex aufzubauen. Der Anteil von Rüstungsgütern an der Produktion soll daher auch beständig steigen.

Wenn nun darauf hingewiesen wird, dass „viele in der Vergangenheit geflossene Subventionen“ „zurück in die öffentlichen Haushalte“ gelangen, so handelt es sich zu großen Teilen um Einnahmen aus Rüstungsproduktion. Hierzu gehört u.a. auch

Technik, die zum Bau der französischen Ariane-5-Atomraketen verwendet wird. Eine für Grüne sicherlich mehr als gewöhnungsbedürftige Industriepolitik.

Auch das Beispiel des A 380 ist kennzeichnend, handelt es sich doch um ein Prestigeobjekt, welches u.a. durch ein 650 Mio. Euro Geschenk der Stadt Hamburg und damit der Zuschüttung eines Naturschutzgebietes beruht. Dafür eröffnet der A 380 nun die Debatte über den Ausbau der Flughäfen.

Mittlerweile würden sich vermutlich die AutorInnen des Papieres wohl kaum noch auf dieses Projekt beziehen, ist doch das ganz Airbus-Projekt über Verzögerungen beim A 380 in die Krise geraten. Nun sind unter anderem auch die Arbeitsplätze in Hamburg gefährdet.

Kommunaler Ausverkauf durch die Hintertür

Nach Meinung der AutorInnen soll nun „bei jeder öffentlichen Beschaffung und jedem öffentlichen Investitionsvorhaben (...) geprüft werden, ob es nicht durch die Ausschreibungen und die Einbeziehungen von Privaten günstiger abgewickelt werden kann.“ Damit wird das Kostenargument bedingungslos an die erste Stelle des öffentlichen Sektors gestellt und Politik somit radikal verbetriebswirtschaftlicht. Wir schließen uns in unserer Kritik hierzu ausdrücklich der LAG Wirtschaft und Finanzen der NRW-Grünen an, die darauf hingewiesen hat, dass „beispielsweise im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge weitere Kriterien wie Zugänglichkeit, Gemeinnützigkeit, flächendeckende Versorgungssicherheit, Transparenz, politische Mitwirkungsmöglichkeiten und Erschwinglichkeit eine herausragende Rolle“ spielen. Vollkommen unverständlich für uns Grüne ist, dass die AutorInnen nach einer durchaus berechtigten Kritik an bisherigen Public-Privat-Partnership-Projekten (PPP) eine derart globale Forderung stellen. Hier allein, wie im AutorInnenpapier gefordert, die Managementkompetenz von Politik und Verwaltung zu erhöhen, löst die eigentlichen Probleme von PPP-Modellen nicht.

Wir sind der Meinung, dass die Tendenz im AutorInnenpapier, den öffentlichen Sektor von vornherein über das Kostenargument in eine Konkurrenz zu privaten Anbietern zu setzen, eine bereits festzustellende Entwicklung begünstigt, die zu einem schleichenden Ausverkauf der gemeinwohlorientierten öffentlichen Hand führt. Dabei haben Bündnis 90/Die Grünen in der Vergangenheit zurecht scharfe Kritik an den Vertragsinhalten des in der WTO verhandelten GATS-Abkommens geübt. Gleiches gilt in etwa für die Bolkestein-Richtlinie auf der Ebene der EU-Kommission oder für die geplante Änderung der Gemeindeordnung NRW durch die CDU/FDP-Landesregierung. Alternativen zum marktradikalen Angriff auf den öffentlichen Sektor fehlen im AutorInnenpapier hingegen völlig.

Hartz II...,IV, V usw. oder von der Ich-AG zur „PmbH“

"Höhere Löhne und mehr soziale Sicherheit kann aber nachhaltig nur durch höhere Produktivität und mehr Innovation finanziert werden", so das AutorInnenpapier. Eine innergesellschaftliche Umverteilung wird erst gar nicht mehr angedacht. Unter Verwendung einer Strategie der Verwandlung der Außenursachen in Eigenschuld, behaupten die AutorInnen einfach nur die mangelnde Flexibilität der Menschen. Diese soll erhöht werden, dann wird sich die höhere Produktions- und Innovationsrate - klassisch angebotsorientiert - schon einstellen. In dieser Denkweise ist klar, wer die

Kosten des Anpassungsprozesses allein zu tragen hat.

Um ein allzu drastisches Auseinanderklaffen zu verhindern, wird ein dem Kombilohn ähnliches „Progressivmodell“ bemüht, bei dem der Lohnnebenkostenanteil in niedrigen Lohngruppen subventioniert wird. Hierbei tritt allerdings dasselbe Problem auf, wie beim Kombilohn selber, denn letztlich wird diese Lohnsubstitution – Lohnnebenkosten sind letztlich auch Lohnkosten – in zu großen Teilen über Lohn- und Verbrauchssteuern finanziert, was im Gesamtzusammenhang nur Reallohnsenkungen zur Folge haben wird. Wesentlich ist aber, dass der oder die Einzelne sich diesem System nicht entziehen soll und darf, daher muss nach Meinung des AutorInnenpapiers ein Lohnabstand bestehen, eine hohe Grundsicherung würde daher, „die Gefahr mangelnder finanzieller Arbeitsanreize in sich bergen“.

Am Ende soll der oder die Einzelne zum Markt-Individuum werden, sich selbst als UnternehmerIn fühlen und bloß nicht versuchen, sich solidarisch mit anderen zusammenzuschließen. Dafür bietet sich ihm nach der mit Hartz II eingeführten Ich-AG jetzt auch die Möglichkeit, eine individualdeutsche Limited, eine „Personengesellschaft mit beschränkter Haftung“ („PmbH“) zu gründen. Die Folgen dieses imaginären Hartz V wären dieselben wie bei Hartz II (Ich-AG, Mini-Jobs, Midi-Jobs etc.): Eine Entwertung und Umwandlung geringfügiger Beschäftigung und damit massive Ausweitung prekärer Selbstständigkeit. Im Ganzen also ein geradezu verzweifelt fest Halten an den falschen Problemanalysen der Hartz-Gesetzgebungen.

Exportweltmeister oder außenwirtschaftliches Gleichgewicht

Politik nur noch in Marktverhältnissen zu denken, kann auch bedeuten, dass bei der Formulierung politischer Ziele mit dem Denken auch die Sprache entgleitet. Denn, wie anders ist es eigentlich zu verstehen, dass die Grünen nun „die Märkte von Morgen beherrschen“ wollen?

Wirtschaftspolitisch würde diese von uns bei den AutorInnen gesehene Tendenz zum Festhalten an der Exportorientierung der deutschen Wirtschaft den großen sich seit Jahrzehnten auswirkenden Widerspruch der bundesrepublikanischen Wirtschaft bestehen lassen: Die deutsche Wirtschaft ist keine sich selbst tragende Ökonomie, vielmehr eine Art Produktionsstätte der Welt, die gegenüber ihren vielen Handelspartnern einen ordentlichen Handelsbilanzüberschuss aufzuweisen hat. In dieser Hinsicht ist die Bundesrepublik das negative Abziehbild der USA. Dort wo die USA gegenüber nahezu allen Volkswirtschaften der Erde eine negative Handelsbilanz aufzuweisen hat und die ständigen Kapital- und Konsumgüterimporte nur durch politischen und militärischen Druck absichern kann, dort setzt sich die Bundesrepublik auf Grund ihrer einseitigen Exportausrichtung selbst einem außerordentlichen Wettbewerbsdruck aus, der sich seinerseits in einem ständigen Druck auf die Reallöhne und Lohnstückkosten auswirkt. Die große Mehrheit der deutschen klein- und mittelständische Betriebe haben die Folgen der sich daraus ergebenden schwachen Binnenkaufkraft zu tragen. So werden „die anhaltenden Exporterfolge auf der Basis gestiegener Wettbewerbsfähigkeit“ von den AutorInnen ausdrücklich positiv hervorgehoben ohne die Kehrseite auch nur zu erwähnen: Zur strukturell und konjunkturell schwachen Binnennachfrage kommt eine hartnäckig hohe strukturelle Massenerwerbslosigkeit, deren Ursache nicht nur aber auch in den ständigen Rationalisierungsprozessen der Exportwirtschaft im Wettbewerbsdruck zu finden ist. Die

Herstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten Konzerne und Konzernverbände der deutschen Wirtschaft ist für uns nicht das eigentliche Problem, sie ist vielmehr längst Oberprinzip bundesrepublikanischer Wirtschaftspolitik in beinahe allen Parteien. Das Problem ist die sich hieraus ergebende wettbewerbsimmanente Vermachtung der deutschen Wirtschaft, die den Wettbewerbsdruck politisch und wirtschaftlich auch nach innen weiter gibt: Auf die Löhne, Gehälter, Unternehmensbesteuerung und Sozialversicherungsausgaben, die für diese nur noch Kosten darstellen, und ebenso auf die Politik, die sich auch unter Rot-Grün mit den Hartz-Gesetzen und der Agenda 2010 in dieser Struktur eingerichtet hat.

Jahrhundertsteuerreform II, III, IV usw. oder die „Senkung der Unternehmenssteuersätze“

Die BefürworterInnen des Grünen Kapitalismus verzichteten in ihrem Papier auf ein systematisches Kapitel zu einer sozial gerechten Steuer- und Finanzpolitik, durch die Vermögende und Unternehmen wieder einen erheblich höheren Anteil zum Steueraufkommen beitragen können.

Statt dessen begnügen die AutorInnen sich mit einigen Hinweisen auf die von der großen Koalition geplante Unternehmenssteuerreform. Aber auch hier ist die Kritik nicht grundsätzlich, z.B. an den von CDU und SPD geplanten weiteren Steuerentlastungen für Unternehmen. Vielmehr kritisieren die AutorInnen die Steuerpläne vor allem als eine Begünstigung der Körperschaften und machen jetzt für die kleinen und mittleren Unternehmen die gleichen Steuerentlastungen geltend.

In unseren Augen ist es daher nicht weiter verwunderlich, dass eine ausführliche Auseinandersetzung mit den Regierungsjahren, in denen Rot-Grün die angebotsorientierte Wirtschafts- und Steuerpolitik der Kohl-Regierung fortgesetzt hat, nicht stattfindet.

In den letzten Jahren sind die öffentlichen Finanzen aufgrund politisch verursachter Steuerausfälle und konjunktureller Effekte immer tiefer in die Krise geraten. Die Steuerquote – der Anteil der Steuern am Bruttoinlandsprodukt – fiel von 1980 bis 2000 von 24% auf 23%, bis 2002 auf 21%. Läge die Steuerquote noch auf dem Stand des Jahres 2000, hätte der Staat jährlich etwa 50 Milliarden Euro höhere Einnahmen. Mit der Reform der Unternehmenssteuern wurden Unternehmen in bisher nicht gekanntem Ausmaß entlastet und zeitweise Steuerausfälle in zweistelliger Milliardenhöhe verursacht. Rekordgewinne und höheren Aktienkurse waren die Folge.

Gleichzeitig hat es eine wachsende Umverteilung im Vermögensbereich gegeben. Die Kluft zwischen Arm und Reich ist größer statt kleiner geworden. Dazu hat die Senkung des Spitzensteuersatzes erheblich beigetragen. Nach dem "2. Reichtums- und Armutsbericht" verfügte 2003 das obere Zehntel der Vermögenden über 46,8 Prozent des Gesamtvermögens, 1998 waren es noch 44,4 Prozent. Die unteren 50 Prozent der "Vermögenden" mussten sich 2003 dagegen mit 3,8 Prozent begnügen.

An dieser Entwicklung haben etliche ProtagonistInnen des grünen Kapitalismus insbesondere in den grünen Regierungsjahren an maßgeblicher Stelle mitgewirkt. Kein Wunder, dass sie daran inzwischen nicht mehr gerne erinnert werden.

Immerhin aber sind die Grünen Enkel Erhards traditionsbewusst: Schon die ordoliberalen Gründungsväter um Walter Eucken hatten sich für eine umfassende Steuerentlastung der Unternehmen, für die Abwälzung der Lasten auf die abhängig Beschäftigten und für eine stringente Ausgabenreduzierung des Staates eingesetzt und

sich entschieden gegen eine "großzügige" Sozialpolitik und eine nach dem Zweiten Weltkrieg breit diskutierte einmalige Vermögensabgabe ausgesprochen.

Alternative statt Grüne MarktwirtschaftlerInnen

Wir rufen dazu auf einen Wissenschaftsrat Grüne Basis (WRGB) ins Leben zu rufen. Als Gegenmodell eines unserer Ansicht nach gescheiterten Projektes der Beraterpolitik und –republik, der ideologisch wirtschaftsliberal ausgerichteten starken Beeinflussung der Demokratie durch Stiftungen (z.B. Stiftung Marktwirtschaft etc.), Initiativen (z.B. Initiative neue soziale Marktwirtschaft [INSM] etc.) und Wirtschaftsberatern (z.B. Ernst & Young etc.), halten wir es für dringend notwendig, unsere programmatische Autonomie zu erhalten bzw. zurückzugewinnen, indem wir unsere intellektuellen Fähigkeiten wieder selbst organisieren. Der WRGB soll die bestehenden Strukturen (z.B. BAGs, LAGs, AGs auf Kreisverbandsebene etc.) nicht ersetzen, sondern wissenschaftlich begleiten und dabei für eine Wiederbelebung basisdemokratischer Parteikultur eintreten. Der Einfluss von Lobbyisten, die massivst Arbeitgeberinteressen vertreten, geht auch bei Bündnis 90/ Die Grünen über die übliche Lobbyarbeit, also das einfache „Beraten“ von Politik, noch hinaus.

Die oben genannten neoliberalen Think-Tanks, die als Stiftungen auftreten, erscheinen nicht in der vom Deutschen Bundestag regelmäßig gepflegten, mittlerweile fast 700 Seiten langen Lobbyistenliste. Gerade sie sind es aber, die demokratiegefährdend nicht nur Einfluss auf die öffentliche Meinung nehmen, sondern durch ihre Vertreter auch direkt Richtungsentscheidungen der politischen Parteien bestimmen wollen.

Auch Grüne Bundestagsabgeordnete, die in exponierten Positionen der Partei zurzeit die Entwicklung unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik mitgestalten, kommen teilweise selbst aus solchen neoliberalen Think-Tanks wie z.B. der Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Finanzen, Gerhard Schick, der nicht nur im Praktikum (Roland Berger) und wissenschaftlicher Karriere (Walter-Eucken-Institut) die kadenschmiedenartigen Strukturen des Neoliberalismus geradezu klassisch durchlaufen hat, sondern hiernach auch jahrelang für die offensichtlich CDU-nahe Stiftung Marktwirtschaft und anschließend für die Bertelsmann-Stiftung tätig war. Grüne Bundestagsabgeordnete agierten zeitweise sogar selbst als BotschafterInnen bzw. KuratorInnen (Oswald Metzger, Christine Scheel) für die INSM, die vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall jährlich mit ca. 10 Mio. € unterstützt wird.

Wir Grünen müssen uns mit Klarheit und Transparenz gegen diese Art von Beeinflussung wenden.

Unter den Bedingungen des entfesselten Shareholder-Value-Kapitalismus muss es zur Zeit primär darum gehen, die gefährdeten sozialstaatlichen Errungenschaften zu bewahren und zukunftsfähig weiterzuentwickeln. Gleichzeitig gilt es, die Hegemonie der neoliberalen Standort- und Deregulierungsideologie, die die jetzige Sozialstaatsdemontage als alternativlos erscheinen lässt, zu durchbrechen.

Dazu bedarf es einer hegemoniefähigen solidarischen Alternative.

Im Zentrum einer solidarischen emanzipatorischen Politik steht die wirksame Begegnung der Massenerwerbs- und Einkommenslosigkeit. Dabei setzen wir auf sozialversicherungspflichtige auskömmliche Arbeitsplätze jenseits hochgradig prekärer Beschäftigungsverhältnisse, auf solidarische Umverteilung von Arbeit mittels Modellen der Verkürzung der (Lebens-) Arbeitszeit, auf den freien Zugang zu Bildung und auf einen gemeinwohlorientierten Beschäftigungssektor. Wir erleben gegenwärtig einen

Niedergang und Strukturwandel der Lohnerwerbsgesellschaft, die durch den Produktivitätsfortschritt und die Automatisierung und Informatisierung der Arbeit als auch durch die Flexibilisierung, Deregulierung und Privatisierung aller Bereiche bedingt sind. Das schafft neue Dimensionen von Arbeit und stellt gewandelte Ansprüche an eine aktive gesellschaftliche Teilhabe. Die Anforderung an eine emanzipatorische Politik besteht darin, diese Potentiale freizusetzen und eine offensive Strategie bezüglich der Reduktion der normierten Erwerbsarbeit zugunsten eines vielseitig tätigen Lebens zu entwickeln.

Nach dem Verfall der öffentlichen Infrastruktur durch die neoliberale Privatisierungsoffensive gibt es eine ganze Reihe von Feldern gesellschaftlicher Arbeit, in denen sozialer, kultureller und ökologischer Bedarf besteht. Dazu brauchen wir u.a. auch den Ausbau von öffentlichen und genossenschaftlichen Unternehmen bis hin zur Vergesellschaftung, d. h. die Nutzung von Produktionsmitteln für gesellschaftliche und ökologische Ziele und Zwecke, die dem Gemeinwohl dienen.

Wir wollen eine Stabilisierung der Steuereinnahmen auf einem Niveau, welches der öffentlichen Hand wieder genügend Handlungsspielräume für notwendige Ausgaben, besonders in den Bereichen öffentliche Infrastruktur, Bildung, Forschung und soziale Grundversorgung zurückgibt. Dazu muss der auch von Rot-Grün forcierte Weg in den Lohnsteuerstaat gestoppt werden. Der Anteil der Gewinn- und Vermögenssteuern hat sich in den Jahren 1977 bis 2002 von 29 auf 14 Prozent halbiert, derjenige der Lohnsteuer an den gesamten Steuereinnahmen ist von 30 auf 35 Prozent gestiegen. Der Mehrwertsteuersatz wurde Anfang des Jahres von 16 auf 19 Prozent angehoben. Wir wollen eine sozial gerechte und ökologische Steuer- und Finanzpolitik, durch die Reiche, Bezieher hoher Einkommen, Unternehmen und der Natur- und Umweltverbrauch einen erheblich höheren Anteil an der Finanzierung öffentlicher Leistungen aufbringen. Dazu gehört die Anhebung des Spitzensteuersatzes auf mindestens 45 Prozent, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Reformierung und Stärkung der Erbschaftsteuer und der Ökosteuer. Eine Absage wird Plänen erteilt, Kapitaleinkommen niedriger als Arbeitseinkommen zu belasten. Auf kommunaler Ebene ist die Gewerbesteuer zu einer Wertschöpfungssteuer weiter zu entwickeln, bei der alle Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit einbezogen werden. Den Bestrebungen international agierender Unternehmen, die Staaten in einem Steuerwettbewerb nach unten gegeneinander auszuspielen, wollen wir in einem ersten Schritt zumindest europaweite Rahmenbedingungen entgegensetzen

Die auch von unserer Partei mitzuverantwortende Politik, die bisher kollektiv solidarisch gestalteten und überwiegend paritätisch finanzierten Systeme sozialer Sicherung zunehmend zu privatisieren, in dem sich die ArbeitnehmerInnen privat absichern und Eigenvorsorge leisten, während die Arbeitgeberbeiträge entfallen, lehnen wir ab. Unsere Strategie dagegen beinhaltet die Einführung der Bürgerversicherung als Pflichtversicherung bei Schritt weiser Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenzen und die Erneuerung der paritätischen Finanzierung durch die Einbeziehung der Vermögenseinkommen in die Beitragspflicht. Als ersten Schritt schlagen wir eine Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze (zumindest auf das heutige für die Rentenversicherung geltende Niveau) sowie sozialverträgliche Grundfreibeträge vor.

Statt Hartz, der Ausschnüffelei und der Ausübung von Zwang auf die Erwerbsarbeitslosen und von Erwerbsarbeitslosigkeit Bedrohten wollen wir die Einführung einer armutsfesten soziokulturellen Existenzsicherung, die ein

sozialadäquates Leben tatsächlich ermöglicht und mindestens 950 Euro monatlich beträgt. Hier ist eine staatlich vermittelte Umverteilung zu Lasten der hohen Einkommen und Vermögen gefordert. Parallel dazu setzen wir uns zur Bekämpfung des Lohndumpings für die Einführung eines auskömmlichen Mindestlohnes ein. Gleichzeitig ist die Notwendigkeit einer umverteilenden Tarifpolitik zugunsten höherer Löhne aktueller denn je. Die Lohnentwicklung hinkt schon seit Jahren der immens gestiegenen Arbeitsproduktivität hinterher und der Binnennachfrage wird immer stärker die Grundlage entzogen.

Gleichzeitig muss die von der Politik geschaffene weltweite Liberalisierung der Finanzmärkte, die inzwischen einen demokratiezersetzenden Charakter angenommen hat, stärker als bisher thematisiert werden. Die großen internationalen Investmentfonds, Hedge Fonds und Private Equity Fonds haben inzwischen eine in den Ausmaßen nie da gewesene Macht erlangt. Dabei setzen wir uns für die Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen, verbindliche Regeln und Standards für Finanztransaktionen, Handel und Investitionen ein. Die Vervielfachung des kurzfristig um den Globus zirkulierenden, spekulativ angelegten Finanzkapitals erhöht die Risiken von Währungs- und Finanzkrisen mit weit reichenden sozialen Folgen und vernichtet zusätzlich Arbeitsplätze. Deshalb sind wir als ersten Schritt für die Besteuerung spekulativer Kapitaltransaktionen durch die Tobinsteuer. Bezüglich der Konzentrationsprozesse in der Wirtschaft setzen wir uns für eine drastische Verschärfung europäischer kartell- und wettbewerbsrechtlicher Vorschriften ein.

Elemente Grüner Wirtschaftsdemokratie

Von uns angestrebt wird eine Demokratisierung der Wirtschaft als gesellschaftliches Emanzipationskonzept und nicht eine Verwirtschafterung der Demokratie, die uns das AutorInnenpapier mehr oder weniger nahe legt. Wir gehen dabei grundsätzlich davon aus, dass es Marktsysteme ohne Kapitalismus gegeben hat und auch nach dem Kapitalismus weiterhin geben wird. Uns geht es hierbei zwar nicht um eine Aufhebung der marktwirtschaftlichen, sehr wohl aber um die einer gescheiterten kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Vier gesellschaftspolitische Ziele sollen mit der Grünen Wirtschaftsdemokratie erreicht werden:

Erstens eine für die Mehrheit der Menschen intervenierende staatliche Wirtschaftspolitik, die sowohl Konjunktur- und Wachstumsprozesse aussteuert, als auch ökologische Erfordernisse integriert und verteilungsungerechte Marktergebnisse korrigiert (Globalsteuerungsziel). Zweitens muss die zur Zeit bestehende Macht marktbeherrschender Unternehmen uneingeschränkt bekämpft werden (Ordnungsziel). Drittens geht es um die Teilhabe der abhängig Beschäftigten an den von ihnen geschaffenen Gewinnen, und ebenso um die Teilnahme an den Entscheidungsprozessen in ihren Unternehmen sowie um die Entwicklung neuer Anerkennungs- und Entlohnungsformen von bisher nicht bezahlten Formen der Arbeit (Partizipations- und Integrationsziel). Viertens geht es um die Zurückdrängung von entwürdigenden ökonomischen Abhängigkeiten lohnabhängiger Arbeit (Emanzipationsziel).

Grüne Wirtschaftsdemokratie verlangt für das Erreichen dieser Ziele einen Dreiklang in Form einer integrativen Vernetzung der Wirtschaft auf drei Ebenen. Auf der Makroebene gilt es, die gesamtwirtschaftlichen Aspekte zu koordinieren (Fiskal-, Geld- und

Sozialpolitik, Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und Umweltpolitik). Die Mesoebene wird durch die Marktsteuerung gebildet (Wettbewerbs- und Antikartellrechtspolitik, Verbraucherschutz, Tarifpolitik und Regionalpolitik). Auf der Mikroebene geht es schließlich bei den einzelwirtschaftlichen Belangen, sowohl um die immaterielle als auch materielle Teilhabe an den wirtschaftlichen Mehrwert-Ergebnissen der Unternehmen. Unser Ziel ist eine Grüne, d. h. ökologisch-soziale Wirtschaftsdemokratie, die die äußeren Rahmenbedingungen und internen Regeln unseres Wirtschaftens demokratisch, öffentlich-transparent und verbindlich setzt. Wirtschaft findet in der Gesellschaft statt. Nicht der scheinbare Automatismus der „unsichtbaren Hand des Marktes“ kann darum Leitprinzip Grüner Wirtschaftsdemokratie sein, sondern vielmehr die für jeden sicht- und demokratisch beeinflussbare Gestaltung wirtschaftlicher und sozialer Prozesse. In diesem Sinne brauchen wir ein solidarisches Wirtschaften mit klaren Emanzipationszielen, gerade im Zeitalter der Globalisierung, das sich am Menschen und seinen Bedürfnissen orientiert.

(AutorInnen: Rüdiger Sagel, Robert Zion, Hubertus Zdebel, Werner Hager, Jürgen Klippert; Nordrhein-Westfalen, Frühjahr 2007)